



Rechtsgrundlagen
Für diesen Bebauungsplan gelten:
- das Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung vom 18. August 1976, geändert durch Artikel 9 Nr. 1 der Vereinbarkeitsverordnung vom 3. Dezember 1976 und durch das Gesetz zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionen im Städtebau vom 5. Juli 1975
- die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung vom 15. September 1977.

Planzeichenerklärung

Verkehrsflächen

- Sträßverkehrsflächen
- Sträßverkehrsfläche, die Verkehrsfläche, die mit dem öffentlichen Verkehrsmittel
- Sträßverkehrsfläche, die Verkehrsfläche, die mit dem öffentlichen Verkehrsmittel
- Sträßverkehrsfläche, die Verkehrsfläche, die mit dem öffentlichen Verkehrsmittel

Flächen für Versorgungsanlagen, für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen sowie für Ablagerungen

- Abwasser
- Abwasser
- Abwasser
- Abwasser

Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen

- überdeckt
- unterirdisch
- KV
- Hochspannungsleitung

Grünflächen

- öffentliche Grünflächen
- öffentliche Grünflächen
- öffentliche Grünflächen
- öffentliche Grünflächen
- Parkanlage
- Parkanlage
- Parkanlage
- Parkanlage
- Örtlichen Grünflächen
- Örtlichen Grünflächen
- Örtlichen Grünflächen
- Örtlichen Grünflächen

Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses

- Wasserflächen
- Wasserflächen
- Wasserflächen
- Wasserflächen
- Wasserflächen
- Wasserflächen
- Wasserflächen
- Wasserflächen

Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen

- Flächen für Aufschüttungen
- Flächen für Aufschüttungen
- Flächen für Aufschüttungen
- Flächen für Aufschüttungen

Flächen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft

- Flächen für die Landwirtschaft
- Flächen für die Forstwirtschaft
- Flächen für die Forstwirtschaft
- Flächen für die Forstwirtschaft

Planungen, Nutzungen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung der Landschaft

- Umgrenzung von Flächen für die Landschaft
- Umgrenzung von Flächen für die Landschaft
- Umgrenzung von Flächen für die Landschaft
- Umgrenzung von Flächen für die Landschaft
- Umgrenzung von Flächen für die Landschaft
- Umgrenzung von Flächen für die Landschaft
- Umgrenzung von Flächen für die Landschaft
- Umgrenzung von Flächen für die Landschaft

Sonstige Planzeichen

- Umgrenzung von Flächen für die Landschaft
- Umgrenzung von Flächen für die Landschaft
- Umgrenzung von Flächen für die Landschaft
- Umgrenzung von Flächen für die Landschaft
- Umgrenzung von Flächen für die Landschaft
- Umgrenzung von Flächen für die Landschaft
- Umgrenzung von Flächen für die Landschaft
- Umgrenzung von Flächen für die Landschaft

STADT HILDESHEIM

Bebauungsplan Nr. 247
Für das Gebiet Marienburger Höhe /
Lechstedter Weg und
2. Änderung des Bebauungsplanes
Nr. 197A

Maßstab 1:1000

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 12.8.1982). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.

Hildesheim, den 12.8.1982

Stadtvermessungsamt
Dr. Wesend

Der Entwurf zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde aufgrund der gem. § 2 a (8) Bundesbaugesetz (neueste Fassung) vorgeschrieben. Anweisungen und Befugnisse sind im Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 197A, 2. Änderung, enthalten.

Hildesheim, den 12.8.1982

Der Oberstadtdirektor
im Auftrage
Dr. Wesend

Für die Aufstellung des Planentwurfs.

Hildesheim, den 12.8.1982

Stadtplanungsamt
L. Wesend

Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 Bundesbaugesetz (neueste Fassung) und der Niedersächsischen Gemeindeordnung (neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 13.6.1983 als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Bundesbaugesetz beigefügt. Ihr wurde zugestimmt.

Hildesheim, den 13.6.1983

Der Oberstadtdirektor
im Auftrage
Dr. Wesend

Die Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde gem. § 2 (1) BBauG (neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung am 11.10.82 beschlossen. Der Aufstellungsentwurf wurde am 12.10.1982 in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekannt gemacht. Die öffentliche Darlegung gem. § 2 a (2) BBauG erfolgte vom 25.10.1982 bis 24.11.1982. Gleichzeitig bestand allgemeine Gelegenheit zur Auflegung und Erörterung.

Hildesheim, den 14.12.1982

Der Oberstadtdirektor
im Auftrage
Dr. Wesend

Dem Entwurf mit Begründung zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes hat der Rat der Stadt Hildesheim gem. § 2 a (8) Bundesbaugesetz (neueste Fassung) in der Sitzung am 25.3.1983 bis 25.4.1983 zu seinem einstimmigen Beschluss zugestimmt. Die öffentliche Darlegung gem. § 2 a (8) BBauG beschloss.

Hildesheim, den 17.3.1983

Der Oberstadtdirektor
im Auftrage
Dr. Wesend

Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 2 a (8) Bundesbaugesetz (neueste Fassung) in der Sitzung am 25.3.1983 bis 25.4.1983 zu seinem einstimmigen Beschluss zugestimmt. Die öffentliche Darlegung gem. § 2 a (8) BBauG beschloss.

Hildesheim, den 17.3.1983

Der Oberstadtdirektor
im Auftrage
Dr. Wesend

Dieser Bebauungsplan mit Begründung liegt gemäß § 12 Bundesbaugesetz (neueste Fassung) ab 24.09.1983 öffentlich aus. Die Genehmigung, Ort und Zeit der Auslegung sind gemäß § 12 Bundesbaugesetz am 24.09.1983 im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekannt gemacht worden. Die Hinweise zu § 44c und 156a BBauG sind erfolgt. Mit der Bekanntmachung wird dieser Bebauungsplan rechtsverbindlich.

Hildesheim, den 24.09.1983

Der Oberstadtdirektor
im Auftrage
Dr. Wesend

GENEHMIGT

gem. § 11 des Bundesbaugesetzes (neueste Fassung) vom 13.6.1983

13.6.1983

Der Oberstadtdirektor
im Auftrage
Dr. Wesend